

Milliardäre besteuern und Sorge vor Trickserie – der Streit um Klima-Hilfen eskaliert

Welt, 12.11.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus254467464/COP29-in-Baku-Zwischen-Steuerideen-und-Sorge-vor-Tricks-der-Streit-um-die-Klima-Hilfen.html>

Zum Auftakt der Klimakonferenz in Aserbaidschan zeigen die Entwicklungsländer wenig Verständnis für die Finanznöte der Industriestaaten – und fordern jährliche Billionen-Summen ein. Doch woher soll das Geld kommen? Der Streit um die teure Finanzierung spitzt sich zu.

Quantum – um diesen Begriff kreisen seit Montagmorgen die Gespräche von rund 40.000 Teilnehmern der Weltklimakonferenz in Aserbaidschans Hauptstadt Baku. Der lateinische Begriff für „wie viel“ durchzieht alle zentralen Verhandlungsdokumente, Entwürfe und Beschlussvorlagen der „COP29“ genannten 29. „Conference of the Parties“ – der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. „Quantum“ ist ein Platzhalter für einen extrem großen Dollarbetrag.

Das Wort meint die noch zu bestimmende Geldmenge, die ab 2025 jährlich von den reichen Industrieländern zu den armen Entwicklungsländern fließen soll. Die Nehmerländer des Globalen Südens fügen in den UN-Dokumenten in diese Leerstelle eine eins mit zwölf Nullen ein.

Eine Billion US-Dollar Finanzhilfe sollen die reichen Länder den Entwicklungsländern ab dem kommenden Jahr überweisen, in Form von Direktzahlung, Investments oder zumindest verbilligten Darlehen für CO₂-Sparmaßnahmen und Anpassung an den Klimawandel.

Es ist eine Zahl, die Kopfschmerzen bereitet. Jennifer Morgan, die für die deutsche Klimaaußenpolitik zuständige Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, nennt die COP29 schon „die schwierigste Konferenz seit Paris 2015.“

Morgan, einst die Chefin von Greenpeace International, hatte am Sonntag nicht nur einen Linienflug von Berlin nach Baku genommen, sie hatte auch Economy gebucht. Während vorn in der Business-Class einzelne Vertreter von Nichtregierungsorganisationen die Beinfreiheit genossen, zwängte sich die deutsche Chefverhandlerin auf einem Mittelplatz in der Holzklasse zwischen zwei ihrer Mitarbeiter.

Auf ihrer ersten Pressekonferenz im Olympiastadion von Baku forderte sie tags darauf die UN-Staaten auf, die Mittel für das neue Finanzziel bereitzustellen.

Dafür müsse auch die bisherige Gruppe der Geberländer erweitert werden, forderte Morgan mit Blick auf eher säumige Staaten wie China und Saudi-Arabien. „Alle, die es sich leisten können, sollten beitragen.“ Dabei ging die deutsche Spitzendiplomatин wie selbstverständlich davon aus, dass sich Deutschland wie bisher die jährlichen Klimageld-Zahlungen von rund sechs Milliarden Euro trotz beträchtlicher Lücken im Bundeshalt leisten kann.

„Wir stehen zum Finanzziel von sechs Milliarden Euro bis 2025“, sagte Morgan. Für die Zeit danach gelte es, „einen neuen Ansatz zu finden.“

Die USA könnten gesamte Klima-Rahmenkonvention verlassen

Dass die Konferenz von Baku dem Billionen-Ziel substanziell nahe kommt, ist nicht zu erwarten. Nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten fällt der finanzstärkste CO₂-Emittent und Zahlmeister aus. Ersten Gerüchten zufolge will Trump nicht nur aus dem 2015 geschlossenen Weltklima-Abkommen von Paris austreten.

Diesen Schritt hatte er in seiner ersten Amtszeit schon einmal vollzogen. Diesmal könnte er mit den USA gleich die gesamte Klima-Rahmenkonvention verlassen und dem Weltklima-Sekretariat UNFCCC den Rücken kehren.

Auch wichtige europäische Chefverhandler bleiben der „Finanz-COP“ in Baku fern: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) scheuen die Reise ans Kaspische Meer: Denn Geld gibt es dort wegen klammer Haushalte nicht zu verteilen und kein Ruhmesblatt zu erringen.

Man macht geltend, zu Hause wegen akuter innenpolitischer Probleme unabhkömmlich zu sein. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die mit ihrem europäischen „Green Deal“ einst für Furore sorgte, kommt wohl nicht nach Baku.

Vertreter von Entwicklungsländern und Nichtregierungsorganisationen zeigten wenig Verständnis für das Fernbleiben der Politiker. Die Industriestaaten hätten schließlich vier Fünftel des globalen CO₂-Budgets aufgebraucht, jetzt dürften sie sich vor der Verantwortung nicht drücken, erklärte Meena Raman von der Dachorganisation „Third World Network“ in Baku.

Aus Sicht der Aktivistin stünden den Industrieländern trotz ihrer aktuellen Probleme mit der Konjunktur und den populistischen Parteien zahlreiche Möglichkeiten offen, mehr Klimagelder zu mobilisieren. Man könne etwa „Milliarden an Subventionen für fossile Energien einsparen“ sowie „Milliardäre und Millionäre mit Vermögenssteuern belegen“. Raman nannte auch „Sonderziehungsrechte“ des Internationalen Währungsfonds (IWF), mit denen man Geld schöpfen könne.

Der schon seit Jahren andauernde Streit, welche Art von Hilfen als „Klima-Finanzierung“ anerkannt wird, eskaliert in Aserbaidschan. Infrage steht, ob und in welcher Höhe Kredite oder Investitionen zum Beispiel in Bahnstrecken oder Windparks im Globalen Süden bereits als Hilfszahlung qualifizieren.

Die Sorge geht um, dass China zum Beispiel einen Teil seiner strategischen Investitionen in die Infrastrukturprojekte seiner „Seidenstraßen-Initiative“ als Beitrag zur Klimafinanzierung anmeldet. Kreative Buchführung dieser Art soll möglichst vermieden werden.

Ein großer Teil der Erwartungen lasten nun auf Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken wie der Europäischen Investitionsbank EIB, ihre Finanzmittel im Sinne des Klimaschutzes zu erhöhen. Auch komme es entscheidend darauf an, mehr

„privates Geld“ für den Klimaschutz zu mobilisieren. Wie dies im nötigen Umfang geschehen kann, ist umstritten.

Industrieländer würden etwa gerne den Artikel 6 des Pariser Klimavertrags von 2015 über „Kohlenstoffmärkte“ operativ machen: Dann könnten sich Staaten oder Konzerne CO₂-Zertifikate aus Öko-Projekten in Entwicklungsländern kaufen und sich selbst anrechnen lassen.

Aus Angst vor intransparenten Luft- und Doppelbuchungen war diese Art der Klima-Finanzierung in den vergangenen Jahren kaum weiterentwickelt worden. Viviane Raddatz, Klima-Chefin der Umweltorganisation WWF, warnte auch in Baku davor, den Handel mit Klimazertifikaten auf das neue Finanzziel anzurechnen, um Trickserien auszuschließen.

So leicht wie sich Umweltgruppen die Klima-Finanzierung vorstellen, ist sie sicher nicht. Subventionen fossiler Energieträger sind zwar ein berechtigtes Ärgernis. Doch Politiker, die mit der Streichung solcher Subventionen Kraftstoff teuer machen und die Inflation erhöhen, bekommen es schnell mit wütenden Wählern zu tun – wenn nicht sogar mit Aufständen, wie Beispiele in einigen Staaten gezeigt haben.

Woher soll dann das geforderte Billionen-Quantum kommen? Es ist, als würde nach fast 30 Jahren Konferenzreigen zum ersten Mal ernsthaft über Geld geredet. Tatsächlich ging es in bei den jährlichen Treffen der 197 Vertragsstaaten bislang hauptsächlich um „Ambitionen“ beim CO₂-Sparen, und um die historische Schuld der Industriestaaten am Klimawandel.

Die Zustimmung der Entwicklungsländer zu den Abschlussdokumenten der Weltklimakonferenzen konnten über viele Jahre mit relativ wenig Geld und großen Versprechen erkaufte werden. Auf der Klimakonferenz COP15 in Kopenhagen hatte der Norden dem Süden 2009 noch etwas leichtfertig zugesagt, ab 2020 pro Jahr 100 Milliarden Dollar Klimafinanzierung zu mobilisieren.

Entwicklungsländer betonen enormen Finanzbedarf

Sechs Jahre später legte man auf der COP21 in Paris noch einmal nach: Die jährlich 100 Milliarden Dollar seien nur eine „Basis“, die man ab 2025 erneut aufstocken werde. „Paris“ wurde 2015 als „Durchbruch“ im globalen Klimaschutz umjubelt und gefeiert. Die Katerstimmung folgt jetzt in Baku.

Denn jetzt fordern die Entwicklungsländer in Baku zwischen einer und 1,3 Billionen Dollar Klimafinanzierung pro Jahr. Studien des Weltklimasekretariats der Vereinten Nationen, UNFCCC bestätigen, dass Finanzbedarf in dieser Höhe besteht.

In ihren CO₂-Sparversprechen, die als „Nationally Determined Contribution“ oder kurz NDC bei den Vereinten Nationen hinterlegt sind, machen Entwicklungsländer explizit klar, dass sie ohne Milliardentransfers nichts zum Klimaschutz beitragen können.

Ein Beispiel unter vielen: Kenia. Das afrikanische Land will seine CO₂-Emissionen bis Ende des Jahrzehnts um 32 Prozent senken. So steht es in seiner NDC. Die Kosten dafür beziffert Kenias Regierung auf 62 Milliarden Dollar. Doch nur 13

Prozent dieser Summe könne das Land allein stemmen, 87 Prozent müsste die internationale Gemeinschaft zuschießen.

Der Präsident der 29. Klimakonferenz, Mughtar Babajew, beschwor die Delegierten in Baku, ihr Portemonnaie zu öffnen. „Klima-Finanzierung ist keine Wohltätigkeit“, rief der ehemalige Manager des staatlichen Öl- und Gasriesen SOCAR: Die Summe, die im Raum stehe, sei riesig, doch sie sei klein im Vergleich zu den Kosten des Nichthandelns.

Die Welt befinde sich auf dem Weg hin zu einer Erwärmung um drei Grad Celsius, sagte Babajew und verwies auf jüngste Naturkatastrophen. „Dies ist der Moment der Wahrheit über das Pariser Klima-Abkommen.“